

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
8. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 26.10.2010 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:52

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlies Goetze

Stv. Udo Greeff

Stv. Dr. Dieter Gräßler

Stv. Gerd Holberg

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Harald Giebels

Vertretung für Stv. Jens Lemke

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Wilfried Pohler

Stv. Bernd Stracke

Stv. Heinrich Wolfesperger

Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Friedhelm Kohl

Stv. Michael Ruppert

Stv. Arnd Vossieg

GAL-Fraktion

Stv. Jörg-Uwe Pieper

Stv. Jochen Sack

Vertretung für Stv. Petra Lerch

UWG-Fraktion

Stv. Gerhard Herder

Vertretung für Stv. Karl-Hermann Käpernick

Die Linke

Stv. Michael Henchoz

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Verwaltung

Frau Ute Eden

Beigeordnete/r Dagmar Formella

Herr Jürgen Rautenberg

Herr Michael Rennert

Herr Wilhelm Terhardt

Herr Wolfgang Voos

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 8. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Bgm. vom Bover bittet um Vorziehen des TOP 3 an TOP 1, da **TA Eden** noch einen Anschlussstermin habe. Hierzu herrscht Einvernehmen. Weiterhin gibt er die Streichung des TOP 8 bekannt, da zu diesem Sachverhalt bereits eine Dringlichkeitsentscheidung getroffen wurde.

Öffentliche Sitzung

1./ Erweiterung und Sanierung der Stadtbücherei Haan, Neuer Markt hier: Ergebnis der Baukostenkontrolle 10/2010 Vorlage: 65/026/2010

Protokoll:

Bgo. Formella eröffnet mit dem Hinweis, auf die Entwicklung der Kosten und deren Gründe bei diesem Projekt sei zuletzt umfassend in Kultur- sowie Bau-, Vergabe-, Verkehrs- und Feuerschutzausschuss eingegangen worden. Da sie als Kämmerin zu einer Mittelbereitstellung in dieser Größenordnung nicht berechtigt sei, sei die Zustimmung des Rates erforderlich. Im weiteren Verlauf erläutert sie die beabsichtigten Deckungsvorschläge gemäß Vorlage. Sie hoffe auf einen Abschluss des Projektes und die Neueröffnung der Stadtbücherei Haan im Februar 2011.

Bezug nehmend auf die Deckungsvorschläge der Verwaltung möchte **Stv. Vossieg** wissen, was dafür nicht gemacht werden könne, insbesondere, ob die Sanierung des Sanitärbereiches der Sporthalle Adlerstraße entfalle.

TA Eden legt dar, der bestehende Bauunterhaltungsansatz sei u.a. wegen gesenkter Baustandards im laufenden Jahr nicht voll ausgeschöpft worden. Auf die vorliegende Reserve könne zurückgegriffen werden, so dass alle beabsichtigten Maßnahmen durchgeführt werden könnten.

Bgo. Formella erinnert an die anlässlich des bestehenden Nothaushaltes vom Kreis Mettmann vorgegebene 10%ige Standardabsenkung der Ausgabenansätze im freiwilligen Leistungsbereich.

Stv. Drennhaus fragt, ob es sich bei der Baukosteneinsparung beim Neubau der OGS-Pavillons an der Grundschule Don-Bosco um Standardabsenkungen oder qualitative Minderungen handele.

TA Eden versichert, dass es sich hier weder um eine Standardabsenkung noch um

eine qualitative Minderung in der Bauausführung handele. Man habe in diesem Falle günstige Angebote ausführender Baufirmen erhalten und von wirtschaftlicher Baukosteneinsparung profitieren können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Das Ergebnis der Baukostenkontrolle für die Baustelle Sanierung und Erweiterung Stadtbücherei vom Oktober 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Nach § 83 Abs. 2 GO NRW wird der Leistung von folgenden überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen zugestimmt

- bei Produkt 040300 – Stadtbücherei, Aufwandsart: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Ergebnishaushalt) über 119.000,-
- und bei dem Produktsachkonto 040300.098100, Investiv-Nr. 0965003651 (Investitionshaushalt) über 50.000,- €

**2./ Entlastung der Sparkassenorgane der Stadt-Sparkasse Haan für das Geschäftsjahr 2009
Vorlage: 20/012/2010**

Protokoll:

Stv. Holberg sieht den vorliegenden Prüfungsvermerk der Prüfungsstelle als untrüglichen Testat für die gute Arbeit der zu entlastenden Gremien an. In diesem Zusammenhang danke er allen Sparkassen-Mitarbeitern, die es trotz wirtschaftlich schwieriger Lage geschafft hätten, eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Jahr 2008 herauszuholen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Den Organen der Stadt-Sparkasse Haan, und zwar

- dem Verwaltungsrat

und

- dem Vorstand

wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt."

(Die Stadtverordneten **Kohl, Drennhaus, Wetterau, Pohler, Wollmann, Goetze, Greeff, Vossieg, Wolfspenger, Pieper** und **Stracke** haben weder an Beratung noch Beschlussfassung teilgenommen)

3./ Jahresüberschuss der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2009 Vorlage: 20/013/2010

Abstimmungsergebnis:

19 Ja- und 1 Nein-Stimme

Beschluss:

"Auf den ausschüttungsfähigen Gewinn der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 611.809,10 EUR wird verzichtet. Der Betrag wird der Sicherheitsrücklage der Stadt-Sparkasse Haan zugeführt."

4./ Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen nach § 83 Abs. 2 GO NRW; Produkte 050200 und 060320 Vorlage: 51/025/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Der Rat der Stadt Haan stimmt nach § 83 Abs. 2 GO NRW zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen bei

- Produkt 050200 (Hilfen nach AsylBLG) in Höhe von 70.000 Euro und
- Produkt 060320 (Stationäre Hilfen) in Höhe von 81.000 EURO

zu."

5./ Antrag der UWG-Ratsfraktion: Sanierung des städtischen Haushalts Vorlage: 10/069/2010

Protokoll:

Stv. Herder erläutert den Antrag der UWG-Fraktion. Er ergänzt den Antrag um die Bitte, die Untersuchung auch auf die dauerhafte Reduzierung des Schuldenstandes auszuweiten und hebt das kostenlose Angebot des Bundes der Steuerzahler hervor.

Stv. Wetterau lobt den Antrag der UWG-Fraktion und hält externen Rat für sinnvoll. Dennoch müssten auch andere Alternativen wie die Befragung der Bürger via Internet geprüft werden. Bürger, Rat und Verwaltung könnten gemeinsame Vorschläge zur Haushaltssanierung erarbeiten.

Bgm. vom Bover merkt an, in der gestrigen Fraktionsvorsitzendenrunde bereits mitgeteilt zu haben, eine Befragung der Bürger zu Sparvorschlägen durchführen zu wollen.

Auch **Stv. Pohler** hält den Vorschlag der UWG-Fraktion für schlüssig und begrüßenswert. Der Sachverstand Externer solle in Anspruch genommen werden. Auch die Beteiligung der Bürger sei wünschenswert. Die ergangenen Vorschläge müssten durch eine Sparkommission gebündelt und konkret umgesetzt werden. Dies sei umso wichtiger, als es der Verwaltung bislang nicht gelungen sei, die Vorgaben des GPA-Berichtes umzusetzen. Er mahne in diesem Zusammenhang erneut die nachhaltige Umstrukturierung der Verwaltung im personellen und organisatorischen Bereich an. Schließlich sei der Sanierungsstau und dessen Auflösung nicht unwesentlich an der Finanzmisere der Stadt beteiligt.

StOVR Terhardt macht deutlich, dass Stelleneinsparungen nur möglich seien, wenn Personal ausscheide. Im laufenden Jahr habe die Verwaltung dies auch konsequent umgesetzt. Die Verwaltung sei zuversichtlich, die im Jahr 2010 beschlossene Kürzung von 150.000 € einhalten zu können. Es sei aber noch unklar, ob die für das Jahr 2011 beschlossenen 250.000 € erreicht werden können.

Stv. Kohl berichtet von einem Telefongespräch mit Herrn Eberhard Kanski, Leiter der Haushaltsabteilung des Bundes der Steuerzahler. Danach habe der Bund der Steuerzahler sowohl in Bergneustadt als auch in Holzwickede derartige Projekte durchgeführt. Herr Kanski habe darauf hingewiesen, kein Unternehmensberater zu sein, aber Erfahrung bei der Analyse betrieblicher Finanzen zu haben. In Holzwickede sei es zu 5 Tagungen mit dem dortigen Finanzausschuss gekommen. Für die nächste Zeit sei Herr Kanski aber ausgebucht und Termine erst wieder ab Frühjahr 2011 frei. Daher sei die FDP-Fraktion bereit, eine entsprechende Absichtserklärung abzugeben.

Stv. Holberg zeigt sich enttäuscht darüber, dass die Verwaltung keine Stellungnahme hierzu abgegeben habe.

Bgm. vom Bover möchte diese Entscheidung der Politik überlassen, weil er sich nicht sicher sei, welche Interessen der Bund der Steuerzahler tatsächlich verfolge.

Stv. Stracke ist davon überzeugt, dass externer Sachverstand helfen könne, die Betriebsblindheit von Rat und Verwaltung zu überwinden. Da sich auch der Bund der Steuerzahler bereit erklärt habe, der Stadt Haan seine Hilfe anzubieten, möchte er den Antrag der UWG-Fraktion in der Weise modifizieren, dass die Verwaltung beauftragt werden solle, den Bund der Steuerzahler hierzu einzuladen. Auch er zeigt sich enttäuscht, dass die Verwaltung nicht einmal mit dem Bund der Steuerzahler telefoniert und Informationen beschafft habe.

Stv. Ruppert thematisiert die unterschiedlichen Haltungen von Rat und Verwaltung in Sachen Personalkosten. Das "Schwarze Peter-Spiel" der gegenseitigen Schuldzuweisung bringe in der Sache nicht weiter. Ein längerer Prozess wie der jetzt in Rede stehende könne nur erfolgreich enden, wenn ein Umdenken auf beiden Seiten stattfinde.

Bgm. vom Bovert wiederholt, dass Einsparungen bei den Personalkosten erst dann zu realisieren seien, wenn tatsächlich Personal ausscheide.

Stv. Sack hält eine Gesamtstrategie zwischen Rat und Verwaltung abseits des Hin- und Herschiebens von Aufgaben und Verantwortung für notwendig. Das Wort Sparkommission gefalle ihm aber nicht. Er schlage stattdessen vor, eine Kultur der Aufgabenkritik zu entwickeln. Die Ideen zum Bürgerhaushalt, den auch die GAL-Fraktion bereits vor längerer Zeit vorgeschlagen hatte, gingen dabei in die richtige Richtung.

Bgm. vom Bovert erkennt Einvernehmen darin, Herrn Kanski für eine der nächsten Sitzungen von AK Strategie oder HFA einzuladen.

Stv. Wetterau möchte dies lieber im kommenden HFA statt im AK Strategie diskutieren. Auch ihm sei klar, dass der AK Personal nicht ad hoc Personal einsparen könne. Es sei aber eine Entwicklung abzusehen, wann welcher Mitarbeiter aus dem Dienst ausscheide. Insgesamt fehle weiterhin eine Organisationsveränderung der Verwaltung, die der Rat nicht leisten könne.

Stv. Stracke erinnert an die Anträge der SPD-Fraktion zum Bürgerhaushalt, die alle mehrheitlich abgelehnt worden seien. Er erwäge zur kommenden Ratssitzung, einen neuen Antrag bzgl. dieser Thematik zu stellen.

Stv. Dr. Gräßler hält eine erneute Antragstellung für überflüssig, da es einen Beschluss zur Umsetzung eines Bürgerhaushaltes bereits gebe.

Hinweis der Verwaltung:

In seiner Sitzung vom 22.02.2005 fasste der Rat der Stadt Haan den folgenden einstimmigen Beschluss: "Die Fraktionen sind sich darüber einig, dass in Haan ein Bürgerhaushalt eingeführt werden soll. Der Zeitplan und die Modalitäten hierfür werden interfraktionell und in weiteren Beratungen des HFA und des Rates abgestimmt."

Bgm. vom Bovert weist darauf hin, dass die Begleitung eines solchen Prozesses durch den Bund der Steuerzahler eine weitere Personalressource im Amt für Finanzmanagement erfordern werde.

Stv. Pohler meint, den Bürgern solle der Haushalt und dessen Systematik über eine Einführungsveranstaltung näher gebracht werden. Neben der Einholung von verschiedenartigem Sachverstand aus der Bürgerschaft, könne so am ehesten Akzeptanz für den ein oder anderen schmerzhaften Einschnitt erhalten werden.

Stv. Sack sieht die Möglichkeit, eine Transparenz für den Bürger erreichen zu können. Zudem rege er erneut an, die Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse zu ändern und das Profil des HFA zu schärfen. Derzeit empfinde er diesen als Doppelung des Rates.

Stv. Holberg warnt davor, durch eine zu hoch gestochene Begrifflichkeit entsprechende Erwartungen bei den Bürgern zu wecken, die dann nicht eingehalten werden könnten. Zudem erwarte er bei den einzelnen Bürgern mit ihren speziellen Einzelinteressen erst recht Tabus bei der Diskussion der Sparvorschläge.

Stv. Wetterau bekräftigt, ein Bürgerhaushalt bedürfe einer enormen Vorbereitung. Dennoch solle dem Antrag der UWG-Fraktion entsprochen werden und eine Bürgerbefragung zu Haushaltsfragen, dem guten Beispiel Solingens folgend, in die Wege geleitet werden. Er bitte im Vorfeld die Kosten zu ermitteln, die anderen Kommunen durch die Beteiligung des Bundes der Steuerzahler entstanden seien. Zusätzliche finanzielle Lasten könnten in der aktuellen Finanzlage nicht getragen werden.

Bgm. vom Bover schlägt vor, Herrn Eberhard Kanski zur kommenden Sitzung des HFA einzuladen und bis zur Sitzung des Rates in der kommenden Woche einen Aufruf an die Bürger via Internet vorzuformulieren, sich an den Diskussionen zum kommenden Haushalt zu beteiligen.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Verwaltung lädt Herrn Eberhard Kanski als Leiter der Haushaltsabteilung des Bundes der Steuerzahler zur nächsten Sitzung des HFA ein. Weiterhin wird die Verwaltung bis zur nächsten Ratssitzung eine vorformulierte Aufforderung zur Abgabe von Sparvorschlägen erstellen."

6./ Schulstandort Grundschule Unterhaan
a) Schulentwicklungsplanung für den Bereich Grundschulen
b) Mittelfristige Aufgabe des Gebäudes an der Bachstraße
Vorlage: 40/017/2010

Protokoll:

Bgo. Formella erläutert detailliert die Vorlage.

Stv. Pohler vermisst in der Vorlage eine Aussage zur Zukunft des auf dem Gelände befindlichen Kindergartens. Weiterhin möchte er wissen, warum bei den Beschlüssen der Schulkonferenz (Punkt 3) hinter der Umzäunung des Geländes Steinkulle ein handschriftliches Nein vermerkt sei.

Bgo. Formella erläutert hierzu, dass die Entscheidungsträger eine solche Umzäunung ablehnen. Das Gebäude des Kindergartens sei vom Abriss ausgenommen, das Angebot werde an diesem Standort gebraucht. Der freigezogene OGS-Bereich werde in die zukünftige Planung einbezogen.

Stv. Goetze erklärt, auch die CDU-Fraktion sei zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser Schulstandort aufzugeben sei. Im Abschnitt e) des Beschlussvorschlages bitte sie aber darum, die Zeitachse auf das Schuljahr 2016/17 auszudehnen. Es sei zudem wichtig, dass nahezu alle Beschlüsse der Schulkonferenz erfüllt werden können.

Stv. Sack sieht die geplante Weiternutzung der aufzugebenden Raumressourcen sowie den Erhalt des KiTa-Standortes äußerst positiv. Es existiere ein Brief der Elternpflegschaft, in dem das Problem des Auslaufprozesses reklamiert werde. Der OGS-Träger habe Probleme mit der Raumkonzeption am neuen Standort Steinkulle. Es sei nicht klar geworden, wie die angestrebte multifunktionale Nutzung im Detail aussehen könne.

Bgo. Formella führt aus, ein Brief der Elternschaft mit diesem Inhalt sei der Verwaltung nicht bekannt. Sie hebt hervor, dass seitens der Verwaltung immer das Angebot eines offenen Dialogs mit den Eltern angeboten und auch in einer gemeinsamen Gesprächsrunde von den politischen Beratungen umgesetzt worden sei. Die vereinbarte Transparenz zu Schulträger, Eltern- und Lehrerschaft sei der Verwaltung sehr wichtig und werde aktiv verfolgt. Die Schulleiter der Grundschulen befürworteten in ihren Schulen die multifunktionale Nutzung der Klassenräume ausdrücklich. Dies habe Priorität für die OGS-Entwicklung am Standort Unterhaan. Alle Grundschulen im Stadtgebiet sollten über den gleichen Standard verfügen.

Stv. Ruppert bedauert die Aufgabe des im Sinne der Verkehrssicherheit idealen Standortes an der Bachstraße. Eine weitere rationelle Nutzung sei aber unter demographischer und gebäudewirtschaftlicher Sicht nicht möglich. Er bitte aber die Sorgen aller Beteiligten ernst zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- a./ Die für den Bereich Grundschulen aktualisierte Schulentwicklungsplanung in der Fassung der Anlage zur Sitzungsvorlage 40/017/2010 (Stand: 15.09.2010) wird zur Kenntnis genommen.
- b./ Die endgültige Aufgabe des Schulstandortes Bachstraße erfolgt bis zum Beginn des Schuljahres 2016/17. Es sind für die Abwicklung des auslaufenden Schulbetriebes (Umzug...) die erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Hiervon sind bauliche Investitionsmaßnahmen ausgenommen.
- c./ Die Grundschule Unterhaan wird aufgrund der aktualisierten Schulentwicklungsplanung (Stand: 15.09.2010) mit Beginn des Schuljahres 2012/13 auf die Bildung von zwei Eingangsklassen begrenzt, so dass nach geltendem Recht nur noch maximal 60 Schüler/innen aufgenommen werden dürfen.
- d./ Die Schließung der Turnhalle am Standort Bachstraße erfolgt aufgrund der baulichen Mängel und Aufgabe des Schulgebäudes Bachstraße. Aufgrund des auslaufenden Schulbetriebes ist die Turnhallenschließung bzw. Verlagerung des Schulsports zum Standort Steinkulle bis Ende 2013 zu realisieren.
- e./ Die Optimierung der schulischen Raumnutzung spätestens bis zum Beginn des Schuljahres 2016/17 durch die ab Mitte 2011 vorgesehene räumliche Verlagerung der Berufsqualifizierungsmaßnahmen zum Gymnasium Adlerstraße wird zur Kenntnis genommen. Die Durchführung der Berufsqualifizierungsmaßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Mittel- und Teilnehmerzuweisungen an den VHS-Zweckverband Hilden-Haan.

7./ Schließung des Jugendtreffs im Stadtteil Gruitzen
Vorlage: 51/024/2010

Protokoll:

Stv. Sack ist der Ansicht, eine Beschlussfassung in HFA und Rat sei überflüssig, der JHA verfüge hier über ausreichend Entscheidungskompetenz. Auch sei der Beschlussvorschlag in den Empfehlungen nicht vollständig wiedergegeben worden.

Bgm. vom Bover bietet an, den genauen Beschluss aus dem JHA zu prüfen und die Beschlussfassung in den Rat zu schieben.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Da noch Irritationen bezüglich einer Erweiterung des Beschlussvorschlages bestehen, wird vereinbart, dass die Verwaltung bis zur Sitzung des Rates klärt, welcher Beschluss im JHA gefasst wurde.

**8./ Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in Haan
hier: SB 50
Vorlage: 61/037/2010**

Protokoll:

Stv. Pohler erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Da der SB 50 zu einem nicht unwesentlichen Teil auf Düsseldorfer Stadtgebiet verkehre, solle der Stadt Düsseldorf durch ein kurzes Schreiben signalisiert werden, dass in Haan ein grundsätzliches Interesse an einer Taktverdichtung beim SB 50 in den Hauptverkehrszeiten am Abend bestehe. Es gehe darum, sich eine Option hierfür aufrecht zu erhalten, um hinterher nicht jahrelang darauf warten zu müssen. Die Interessen der Bürger müssten gewahrt bleiben. Die Vorlage enthalte zudem die falsche Zielhaltestelle: Anstatt des Jan-Wellem-Platzes sei dies die Rheinterrasse.

StOBR Rautenberg erklärt, sowohl im Nahverkehrsplan der Stadt Düsseldorf als auch in dem des Kreises Mettmann sei der SB 50 enthalten. Da für eine Taktverdichtung des SB 50 kein politischer Beschluss vorliege und die Anpassungen in Verhandlungen mit der Stadt Düsseldorf in den vergangenen Jahren immer reibungslos funktioniert hätten, wolle die Stadt Haan eine Vorfestlegung für bessere Angebote vermeiden.

Stv. Pohler macht auf die rechtliche Vorgabe aufmerksam, dass alle Fahrgäste, die per Bus über eine Bundesautobahn transportiert werden, einen Sitzplatz haben müssen. Dies bedinge eine ausreichende Taktung zu jeder Tageszeit. Das Signal an die Stadt Düsseldorf solle keine sofortige Umsetzung beinhalten. Er sehe die Gefahr der Zunahme des motorisierten Individualverkehrs.

Stv. Sack erkennt im SB 50 eine Konkurrenz zu anderen ÖPNV-Angeboten auf dieser Strecke und hält die Antragstellung für gerechtfertigt.

Stv. Holberg findet es wichtig, die Kostenfrage vorab zu klären und das Ergebnis in die nächsten Haushaltsberatungen einzubringen.

Stv. Greeff schlägt vor, der AK ÖPNV solle das weitere Vorgehen beraten.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, der Stadt Düsseldorf das grundsätzliche Interesse der Stadt Haan an einer Taktverdichtung des SB 50 in den Abendstunden zu übermitteln und die im Falle einer Umsetzung für die Stadt Haan anfallenden Kosten zu ermitteln. Mit den weiteren Details zur Umsetzung soll sich der Arbeitskreis ÖPNV beschäftigen."

**9./ Bericht über Finanzierungsmöglichkeiten der Straßenreinigung über Grundsteuer sowie deren Vor- und Nachteile
Vorlage: 60/012/2010**

Protokoll:

Bgm. vom Bovert eröffnet mit der Feststellung, dass es sowohl für die eine als auch die andere Lösung gute Argumente gebe. Daher habe die Verwaltung auf eine Empfehlung verzichtet.

Stv. Kohl erinnert an den Grundsatz der Haushaltswahrheit und – klarheit, wonach eine klare Trennung von Steuer- und Gebührenhaushalten notwendig sei. Zwar seien wohl langfristig Einsparungen im Falle einer Abschaffung der Straßen- und Winterdienstgebühren zugunsten der Grundsteuer wahrscheinlich, doch stehe demnächst eine Reform der Grundsteuer an, deren Auswirkungen noch nicht zu überblicken seien. Weiterhin sei das Verursacherprinzip zu beachten, welches besage, dass die Kosten dort zu berechnen seien, wo diese entstünden. Daraus folge, dass die Straßen- und Winterdienstgebühren nicht zugunsten eines Aufschlages auf die Grundsteuer abgeschafft werden sollten.

Stv. Pohler hat ein Für und Wider in der Sachlage erkannt, sieht aber wenig Sinn in einer Änderung. Dies liege vor allem an der Einrechnung der Winterdienstgebühren in den 5-Jahres-Schnitt mit der Folge, dass die Berechnungen für andere Positionen anfielen und dennoch angestellt werden müssten.

Stv. Holberg befürchtet, dass die Unsicherheit bei den Bürgern noch viel größer werde, wenn ein jahrelang erprobtes Gebührensystem verändert werde. Daher sei auch die CDU-Fraktion für die Beibehaltung des Gebührensystems für Straßenreinigung und Winterdienst.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Von einer Abschaffung der Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren zugunsten der Finanzierung dieser Dienstleistungen durch einen Aufschlag auf die Grundsteuer B wird abgesehen."

10./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Pohler möchte wissen, wie die aufgestockten Öffnungszeiten beim Einwohnermeldeamt mit den Klagen der Verwaltung über Überstunden gerade in diesem Bereich zusammenpassten.

Bgm. vom Bover erklärt, die bundesweite Einführung des neuen Personalausweises inklusiver neuer Software erfordere einen erheblichen Umstellungsaufwand. Daraus leite sich ab, dass der Arbeitsmehraufwand nur vorübergehender Natur sei.

11./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgm. vom Bover kündigt einen Workshop des AK Musikschule für den 22.11.2010 um 17 Uhr an.

Bgo. Formella bittet die Fraktionen, alle Teilnehmer schnell zu benennen, damit diese eingeladen werden können.